

Pressemitteilungen & News

30/01/2014 - Bürokratieabbau: Kostensenkung im Gesundheitswesen

Das Südtiroler Gesundheitswesen hat ein hohes Qualitätsniveau erreicht, was sehr positiv ist, sich aber auch entsprechend in den Kosten niederschlägt. Das öffentliche Gesundheitswesen ist der größte Ausgabeposten des Südtiroler Landeshaushaltes. Gerade im Gesundheitsbereich sind viele Reformen denkbar, die zu einer Kostenreduzierung beitragen können. Insbesondere der hohe Verwaltungsaufwand sollte in Frage gestellt werden. Die Qualität der Gesundheitsversorgung darf jedoch nicht unter den Einsparungen leiden.

Im Jahr 2013 betragen die Ausgaben des Südtiroler Sanitätsbetriebes laut Kostenvoranschlag rund 1,2 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch die Ausgaben, die von privaten Strukturen für den Bereich Gesundheit geleistet werden.

Um Kosten einzudämmen, bedarf es einer Reform des Gesundheitswesens. Gespart werden kann vor allem durch die Konzentration bzw. Zusammenlegung der Gesundheits- und Verwaltungsdienste. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass sich alles auf den Hauptsitz konzentrieren muss.

Dennoch sollte eine Auflösung der vier Gesundheitsbezirke angedacht werden und die Zentralisierung der verschiedenen Verwaltungstätigkeiten auf jeweils eine Stelle. So könnten etwa die Informatikabteilung, das Einkaufswesen und die Personalverwaltung an nur einem Standort angesiedelt sein.

Die Kompetenzaufteilung bzw. die Zusammenlegung der Aufgaben der Abteilung Gesundheitswesen der Landesverwaltung und des Sanitätsbetriebes ist ebenfalls zu überdenken. Es bedarf einheitlicher zentraler Softwarelösungen zur besseren Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen und der öffentlichen Verwaltung. Dadurch wird die Voraussetzung geschaffen, dass Informationen, die bereits im Besitz der Verwaltung sind, unmittelbar und landesweit verfügbar sind, wodurch die Mehrbelastung für die Bürger/innen entfällt.

Bestimmte Bereiche des Sanitätswesens können ausgelagert werden: Denkbar wäre etwa die spezielle Einrichtung für die Alternativmedizin. Auch informationstechnische Dienstleistungen können dem privaten Markt überlassen werden.

Bei den medizinischen Leistungen können ebenfalls wichtige Akzente gesetzt werden: Südtirol hat sieben Krankenhäuser, 20 Gesundheitssprengel sowie 14 Sprengelstützpunkte. Es ist zu klären, ob tatsächlich eine so umfangreiche Ausstattung mit Gesundheitseinrichtungen notwendig ist. Ziel muss dabei sein, die höchste Qualität zu sichern und zwar durch die Schaffung von Kompetenzzentren, sowohl beim Personal als auch bei der Ausstattung.

Die Krankenhausbetten müssen weiter reduziert und im Gegenzug die Day-Hospital-Einrichtungen ausgebaut werden. Die „Erste Hilfe“ könnte dahingehend umstrukturiert werden, dass sie ihrer primären Aufgabe als Notaufnahme gerecht werden kann. Außerdem gilt es, den Basisarztendienst neu zu regeln (als 24-Stunden-Dienst) und besser auf die Notaufnahme abzustimmen, um diese zu entlasten. Gemeinschaftspraxen sind zu fördern.

Das Prinzip der Vorsorge statt Nachsorge muss großgeschrieben werden: Herz-Kreislauf sowie psychische Erkrankungen nehmen in unserer modernen Gesellschaft ständig zu. Gerade gegen diese Zivilisationsleiden sind Maßnahmen der Prävention und der Gesundheitsförderung am effektivsten und gleichzeitig am kostengünstigsten. Deshalb soll auch der Freizeitsport als langfristig wirksamste Vorsorgemaßnahme gefördert werden. Eine Möglichkeit ist die steuerliche Freistellung von Leistungen des Arbeitgebers, die darauf abzielen, den allgemeinen Gesundheitszustand der Arbeitnehmer/innen zu verbessern.

Weitere Informationen zum Thema Bürokratieabbau erteilt der Generalsekretär der Handelskammer Bozen Alfred Aberer, Tel. 0471 945 562, E-Mail: alfred.aberer@handelskammer.bz.it.

Pressemitteilungen & News

09/12/2013 - Bürokratieabbau - Lokal Finanzen

Elf Prozent des Landeshaushalts werden in Südtirol für die Lokal Finanzen eingesetzt und somit den Gemeinden und Bezirksgemeinschaften zugeteilt. Große Summen wenden die Lokalkörperschaften für die Tilgung von nahezu einer Milliarde Euro Schulden auf. Zudem steht den Gemeinden ein äußerst gut dotierter Rotationsfond zur Verfügung. Aus diesem Grund müssen nicht nur im Landeshaushalt, sondern auch in den Gemeindehaushalten Einsparungspotentiale ermittelt und die Zusammenlegung bestimmter Dienste in Erwägung gezogen werden.

„Die Verschuldung der Gemeinden liegt trotz aller Anstrengungen immer noch bei fast einer Milliarde Euro“, stellt Handelskammerpräsident Michl Ebner fest und fügt hinzu: „Es bieten sich jedoch gerade für die Lokalverwaltungen eine Reihe von Möglichkeiten an, Kosten zu reduzieren, sparsamer zu wirtschaften und effizienter zu arbeiten.“

Damit diese Einsparpotentiale genutzt werden können, sollte eine grundlegende Neuregelung der Zuständigkeiten und Aufgaben der verschiedenen Verwaltungsebenen (Gemeinden, Bezirksgemeinschaften, Land) angedacht werden. Darunter fällt auch die Reduzierung bzw. Zusammenlegung der Bezirksgemeinschaften.

Eine Zusammenlegung von Diensten über die Gemeindegrenzen hinweg sollte ebenso ins Auge gefasst werden. Ämter mit geringem Publikumsverkehr könnten zum Beispiel für verschiedene Gemeinden zuständig sein. So wäre es etwa denkbar, ein Bauamt bzw. eine Baukommission für mehrere Gemeinden einzurichten.

Es sollte geprüft werden, ob bestimmte Dienste der Gemeinden, beispielsweise die Schneeräumung, von privaten Anbietern effizienter bereitgestellt werden könnten. Durch die Privatisierung gewisser Bereiche würde sich der Personalaufwand der Gemeinden mittelfristig verringern lassen.

Große Infrastrukturen sollten gemeindeübergreifend geplant werden. Durch Förderprogramme kann das Land die Zusammenarbeit der Gemeinden in diesem Bereich begünstigen. Bestimmte Projekte können außerdem über öffentlich-private Partnerschaften wirtschaftlicher realisiert

werden.

Weitere Informationen zum Thema Bürokratieabbau erteilt der Generalsekretär der Handelskammer Bozen Alfred Aberer, Tel. 0471 945 562, E-Mail: alfred.aberer@handelskammer.bz.it.

Pressemitteilungen & News

11/11/2013 - Bürokratieabbau - Lokales Vergabegesetz erforderlich

Bei einem Treffen der Führungsspitze der Handelskammer Bozen und der Agentur für öffentliche Verträge des Landes Südtirol am vergangenen 30. Oktober 2013 wurden mögliche Maßnahmen zur Verringerung der bürokratischen Auflagen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen besprochen. Handelskammerpräsident Michl Ebner unterstrich im Rahmen des Treffens: „Ein lokales Vergabegesetz kann einen wesentlichen Beitrag für die Südtiroler Unternehmen leisten. Die Landesverwaltung sollte hier ihre Zuständigkeiten soweit als möglich wahrnehmen.“

Die nationalen Bestimmungen sehen vor, dass die Consip (Concessionaria Servizi Informativi Pubblici) den „Mercato Elettronico della Pubblica Amministrazione“ (MEPA) anbietet. Es handelt sich dabei um ein dynamisches Instrument für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen unter einem bestimmten Schwellenwert, das jedoch eine zentralisierte Registrierung der interessierten Betriebe in Rom erfordert. Südtirol muss hier seine Zuständigkeiten wahren und einen lokalen elektronischen Markt (MEPAB) einrichten. Das System der telematischen Vergabe der Agentur für öffentliche Verträge muss einfach gestaltet werden, so dass den Unternehmen möglichst kein zusätzlicher bürokratischer Aufwand entsteht.

Wichtig ist, dass trotz der gesetzlichen Auflagen und der Notwendigkeit, sparsam mit öffentlichen Geldern umzugehen, in der Agentur für öffentliche Verträge Lösungen gefunden werden, um dem lokalen Markt eine reale Chance im Wettbewerb einzuräumen.

Die lokalen Kreisläufe müssen gestärkt werden, indem die öffentliche Verwaltung konsequent die Null-Kilometer-Regel anwendet. Kleine Gemeinden sollten die Möglichkeit des Zusammenschlusses des Beschaffungswesens prüfen, um die örtlichen Gegebenheiten besser berücksichtigen zu können.

Auch die Qualität muss eine stärkere Rolle bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einnehmen. Das Preis-Qualitäts-Kriterium soll grundsätzlich immer angewendet werden. Bei Bauvorhaben soll die öffentliche Verwaltung mehr in die Qualität der Projekte investieren. Ein gut erstelltes und beschriebenes Bauprojekt ist Garant für die Qualität und gibt Kostensicherheit für alle Beteiligten. Eine Standardisierung aller Vorlagen für die öffentlichen Verwaltungen in Südtirol ist wünschenswert. Der bürokratische Aufwand der Firmen für die Abwicklung eines Angebots bzw. für die Abwicklung des Auftrags muss so gering wie möglich gehalten werden.

Der Präsident der Agentur für öffentliche Verträge, Thomas Mathà, stimmt dem zu: „Die Agentur wird künftig nicht nur Vorlagen für die Vergabe selbst veröffentlichen, sondern auch die Standardisierung der Vertragsabwicklung vorantreiben. Ein Beispiel dafür ist die die

Selbsterklärung, für die die lokalen Verwaltungen noch teils unterschiedliche Vorlagen verwenden.“

Weitere Informationen zum Thema Bürokratieabbau erteilt der Generalsekretär der Handelskammer Bozen Alfred Aberer, Tel. 0471 945 562, E-Mail: alfred.aberer@handelskammer.bz.it.

Pressemitteilungen & News

14/10/2013 - Bürokratieabbau - Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Unter dem Motto „Weniger Bürokratie. Mehr Wirtschaft“ befasst sich die Handelskammer Bozen intensiv mit dem Thema Bürokratieabbau. In diesem Zusammenhang sieht die Handelskammer einen dringenden Handlungsbedarf zur ausgabenseitigen Konsolidierung der lokalen öffentlichen Haushalte.

„Die Finanz- und Wirtschaftskrise hinterlässt auch in Südtirol ihre Spuren. Die hiesige Politik steht deshalb vor großen Herausforderungen: Sie muss vorhandene Defizite abbauen, Ausgaben kürzen und Steuern senken. Gleichzeitig aber gilt es, die Konjunktur zu stützen und künftige Investitionen zu sichern“, fasst Handelskammerpräsident Michl Ebner zusammen.

Um diesen Erfordernissen gerecht zu werden, braucht es einen überlegten Rückbau des Verwaltungsapparats:

- Die Ämterstrukturen sind mit dem Ziel der Effizienzsteigerung zu überprüfen, Aufgabenkritik ist notwendig und ähnliche Bereiche gehören zusammengelegt;
- Die Lokalverwaltungen sollen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben verstärkt zusammenarbeiten. Auch eine Neuverteilung der Aufgaben ist wünschenswert, zum Beispiel zwischen den Gemeinden und den Bezirksgemeinschaften;
- Eine koordinierte Beschaffung zwischen allen Lokalkörperschaften soll angestrebt werden;
- Privatisierungen sollen verstärkt in die Überlegungen mit einbezogen werden.
- Neue Steuerungselemente in der Verwaltung müssen unter dem Gesichtspunkt der Zusammenführung der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung eingeführt werden;
- Die Lokalverwaltungen in Südtirol sind in den letzten Jahren weiter angewachsen. Dieser Trend muss beendet werden.

Steuersenkungen sind nur dann möglich, wenn die Konsolidierung der Haushalte fortgesetzt wird. Die Bewältigung neuer Herausforderungen wie die Alterung der Bevölkerung, strukturelle Anpassungen und neue Technologien fordern zusätzliche Ausgaben. Diese sind nur finanzierbar, wenn die bisherigen öffentlichen Aufgaben effizienter gestaltet werden.

„Das eigentliche Ziel der Konsolidierung ist die Wiederherstellung des Handlungsspielraumes der Wirtschaftspolitik“, so der Handelskammerpräsident weiter: „In einer Konsolidierungsphase werden Wirtschaftsleistung und Beschäftigung höchstens kurzfristig beeinträchtigt. Wird die Konsolidierung glaubwürdig verfolgt und fair verteilt, sind langfristig überwiegend Vorteile zu erwarten.“

Wenig Bürokratie ist ebenfalls ein wichtiger Standortfaktor, denn Unternehmen fällen ihre Investitionsentscheidungen auch im Hinblick auf die Bürokratiekosten, die ihnen durch die öffentliche Hand entstehen.

Weitere Informationen zum Thema Bürokratieabbau erteilt der Generalsekretär der Handelskammer Bozen Alfred Aberer, Tel. 0471 945 562, E-Mail: alfred.aberer@handelskammer.bz.it.

Pressemitteilungen & News

17/09/2013 - Bürokratieabbau - Einheitliche Anlaufstelle

Unter dem Motto „Weniger Bürokratie. Mehr Wirtschaft“ befasst sich die Handelskammer intensiv mit dem Thema Bürokratieabbau. Darunter fällt auch die Errichtung einer einheitlichen Anlaufstelle für Unternehmen, die um Beiträge und Genehmigungen bei der Südtiroler Landesverwaltung ansuchen.

Vor allem kleine und mittlere Betriebe sehen sich oft durch komplexe Gesuchstellungen und umständliche Behördengänge überfordert. „Eine einzige Anlaufstelle für alle Beitrags- und Genehmigungsverfahren der gewerblichen Wirtschaft in Südtirol könnte hier Abhilfe schaffen und sei es für die Unternehmen als auch für die Landesverwaltung eine Kosten- und Zeitersparnis mit sich bringen“, so Handelskammerpräsident Michl Ebner.

Neben der Annahme und Weiterleitung von Anträgen, sollte vor allem die Informations- und Beratungstätigkeit zu den Kernkompetenzen einer solchen Anlaufstelle zählen. Zudem sollten Möglichkeit geschaffen werden, Formulare bereits vorab online auszufüllen. Da die Daten so bereits zur Verfügung stünden, könnte der anschließende Behördengang schneller und effizienter erledigt werden. Auch die Sicherheit für den Antragsteller, dass alle notwendigen Informationen vorhanden und das Formular umgehend weitergeleitet werden kann, wäre somit gewährleistet. Die Südtiroler Landesverwaltung erhält jährlich rund 6.000 Ansuchen für Beiträge und Genehmigungen seitens der lokalen Wirtschaft. Eine Erhebung des Wirtschaftsressorts des Landes aus dem Jahre 2010 hat ergeben, dass die Bürokratiekosten je Verwaltungsverfahren zwischen 160 und 390 Euro liegen und dass der Antragsteller durchschnittlich zweieinhalb bis knapp sechs Stunden für die Abwicklung desselben aufwendet.

Die Vereinfachung der Abläufe ist ausschlaggebend für den Erfolg einer zentralen Anlaufstelle, deren Ziel es sein sollte, die Kommunikation zwischen Landesverwaltung und Unternehmen zu verbessern. Darum ist es notwendig, weitere Maßnahmen ins Auge zu fassen, wie zum Beispiel die Ausarbeitung eines Einheitstextes zur Wirtschaftsförderung und im Allgemeinen die verstärkte Nutzung der telematischen Instrumente.

Weitere Informationen zum Thema Bürokratieabbau erteilt der Generalsekretär der Handelskammer Bozen Alfred Aberer, Tel. 0471 945 562, E-Mail: alfred.aberer@handelskammer.bz.it.

Wirtschaftsbox

Anregungen - Vorschläge - Ideen

Bitte registrieren Sie sich. Die von Ihnen eingegeben Anregungen werden absolut vertraulich behandelt.

Vorname

Nachname

E-Mail

Straße

PLZ Ort

Ihr Feedback, Ihre Anregung...

Privacytext

Datenschutz (GVD 199/2000 - Art. 13): Wir weisen Sie darauf hin, dass diese Daten nur für diese Umfrage erhoben und verarbeitet werden. Die Daten werden an keine Drittpersonen weitergegeben. Sie können jederzeit die Richtigstellung, Sperrung oder Streichung der Daten beantragen und die anderen Rechte des Betroffenen gemäß Art. 7 des Einheitstextes geltend machen. Durch die Preisgabe der Daten ermächtigen Sie den Inhaber, diese für den erwähnten Zweck zu verarbeiten. Inhaber der

Privacy Ich habe den Hinweis zum Datenschutz gelesen und willige der Verarbeitung der Daten ein.

Absenden

[Zurück](#)